

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Bauausschusses** der Stadt Burgdorf am **20.04.2009** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

16.WP/BauA/031

Beginn öffentlicher Teil: 16:30 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: Uhr
Ende vertraulicher Teil: 20:13 Uhr

Anwesend: **Bürgermeister**

Baxmann, Alfred

Vorsitzender

Zielonka, Holger Dr.

stellv. Vorsitzender

Hunze, Carl

Mitglied/Mitglieder

Brönnemann, Alfred
Leykum, Maria
Rickert, Heidrun
Schrader, Karl-Ludwig
Schulz, Kurt-Ulrich
Wackerbeck, Ursula
Weilert-Penk, Christa

Grundmandatar/e

Fleischmann, Michael

Beratende/s Mitglied/er

Köneke, Klaus
Reuter, Johannes-P.

Gast/Gäste

Herr Riesenberg, Michael - Arch. Riesenberg & Tiarks
Herr Niewerth-Meinig, Matthias - Architekt
Herr Schröder - Architekt
Herr Wassermann - GLL

Verwaltung

Behncke, Martina
Lahmann, Jörg
Philipps, Lutz
Trappmann, Hendrik
Weddige, Frauke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 09.03.2009
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Bericht zur Umlegung als Instrument der Bodenordnung nach BauGB durch Herrn Wassermann vom GLL
6. Bericht zur Erweiterung des Feuerwehrhauses Heeßel
- Vorstellung der Planung durch das Architekturbüro Riesenberg & Tiarks -
7. Bericht über ein Bebauungskonzept für die Fläche "Nördlich Duderstädter Weg (südlich des Jawoll-Marktes)
- Vorstellung der Planung durch den Architekten Niewerth-Meinig -
8. Konjunkturpaket II - Förderbereiche und mögliche Maßnahmen
Vorlage: 2009 0508
9. Ausbau des Radwegenetzes im Rahmen des Konjunkturpaketes II
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom 06.04.2009
Vorlage: 2009 0519
10. 5. Änderung des Bebauungsplans "Uetzer Straße / Duderstädter Weg", Nr. 0-11/5
-Einleitung-
Bezugsvorlage 2007 0215/1 (Kommunales Einzelhandelskonzept -Beschluss-)
Vorlage: 2009 0513
11. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Um 16.30 Uhr eröffnete **Herr Dr. Zielonka** die Sitzung. Er begrüßte die anwesenden Zuhörer und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Anmerkungen zur Tagesordnung lagen nicht vor. Die Mitglieder des Bauausschusses stimmten der Einladung vom 03.04.09 in der Form des Nachtrages vom 09.04.09 einstimmig zu.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 09.03.2009

Die Mitglieder genehmigten die Niederschrift über die letzte Sitzung des Bauausschusses am 16.03.2009 einstimmig.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Trappmann informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass Herr Dr. Zielonka angeregt habe, die für den Bauausschuss relevanten Seiten des Produktbuch-Entwurfes in einem der nächsten Bauausschüsse zu beraten.

Auf Anregung von **Herrn Hunze** soll diese Beratung erst nach dem 15. Juni stattfinden, da an diesem Tag ein entsprechender Vortrag durch Herrn Prof. Dr. Goldbach geplant sei.

Hinsichtlich der Entwicklung der Kiesteiche in Beinhorn stehe noch die mit dem Planer des Investors vereinbarte Besichtigung einer ähnlichen, bereits betriebenen Einrichtung aus, so **Herr Trappmann**. Herr Hardes habe nunmehr an diesen Termin erinnert und angeboten, für die Anfahrt einen Bus zur Verfügung zu stellen. Ziel der Fahrt sei eine gleichartige Freizeiteinrichtung in Winsen an der Aller.

Auf allgemeinen Wunsch der Ausschussmitglieder wurde Freitag, der 08.05.09, für die um 13.00 Uhr beginnende Bereisung vorgesehen. Nach kurzer, kontroverser Diskussion wurde vereinbart, das Angebot des Planers, einen geeigneten Bus zur Verfügung zu stellen, anzunehmen.

4. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

Es lagen keine Anfragen vor.

5. **Bericht zur Umlegung als Instrument der Bodenordnung nach BauGB durch Herrn Wassermann vom GLL**

Herr Trappmann gab eine kurze Einführung in die Thematik.

Anschließend erläuterte **Herr Wassermann** als Leiter der Geschäftsstelle der Umlegungsausschüsse für das Gebiet des ehemaligen Landkreises beim GLL ausführlich das Verfahren und die Ziele der Umlegung sowie die Unterschiede zwischen einem Umlegungsverfahren nach den §§ 45 – 79 BauGB und einem vereinfachten Umlegungsverfahren nach den §§ 80 – 84 BauGB. Zu der Thematik verteilte **Herr Wassermann** entsprechende Informationsblätter der GLL. Diese befinden sich als Anlage 1 im Anhang zum Protokoll.

Herr Schrader stellte fest, dass die Gemeinde am Ende dieser Verfahren ihre Ziele erreicht habe, ohne vorher Auseinandersetzungen mit den Eigentümern führen zu müssen.

Frau Behncke bat die Ausschussmitglieder, sich hinsichtlich der Erarbeitung des Bebauungsplanentwurfes für das Gewerbegebiet Nordwest zu überlegen, ob man sich hier für eine Erweiterung des Plangebiets und ein vereinfachtes Umlegungsverfahren entscheiden wollte. Der nächste Bauausschuss sei für den 18.05.09 angesetzt.

6. **Bericht zur Erweiterung des Feuerwehrhauses Heeßel
- Vorstellung der Planung durch das Architekturbüro Riesenberg & Tiarks -**

Herr Trappmann gab eine kurze Einführung in die Thematik und die Planungsvoraussetzungen. Aufgrund der städtischen Haushaltslage sei es in den letzten Jahren nicht möglich gewesen, die aus dem Gutachten der Feuerwehrunfallkasse resultierenden Forderungen umzusetzen. Durch die aus dem Konjunkturprogramm zu erwartenden Mittel sei es jedoch nunmehr möglich, dieses Vorhaben umzusetzen. Da trotz des Konjunkturprogramms diese Mittel beschränkt seien und erhebliche Eile geboten sei, schlage man einen Teilabriss des alten Gebäudes mit einem anschließenden Teilneubau vor. Ein vollständiger Neubau mit der dafür erforderlichen Bauleitplanung, der vorherigen Grundstückssuche und der entsprechenden Planung des Gebäudes sei aufgrund des zeitlichen Rahmens für die Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket nicht möglich.

Herr Trappmann verwies eindringlich darauf, dass der in der heutigen Sitzung vorgestellte Entwurf bisher nicht mit der Feuerwehrunfallkasse abgestimmt worden sei. Auch habe man erst in dieser Woche die entsprechende Stellungnahme der Feuerwehr Heeßel hierzu erhalten. Fakt sei, dass die im Folgenden von Herrn Riesenberg dargestellte Planung „nur“ einen Zwischenstand widerspiegele.

Herr Riesenberg erläuterte anschließend, dass aufgrund der im Teilbereich der Garagen vorhandenen schlechten Substanz eine Sanierung des gesamten Gebäudekomplexes nicht möglich sei. Dieser Teilbereich werde abgerissen und durch einen Neubau ersetzt. Das „Versammlungsgebäude“ bleibe erhalten, angebaut werde eine Fahrzeughalle mit verschiedenen Sozialräumen, dem Büro des Ortsbrandmeisters und einem Lager. Hierfür sei es erforderlich gewesen, die angrenzende Grünfläche zu einem, wenn auch nur geringen, Teil in Anspruch zu nehmen. Auf dieser würden zudem weitere sechs bis sieben Einstellplätze – falls möglich aus Rasengittersteinen - hergerichtet. Ganz offensichtlich sei, dass die insgesamt erforderlichen 24 Einstellplätze nicht auf dem Grundstück selbst nachgewiesen werden könnten.

Auf die diesbezügliche Frage von **Frau Rickert** nach der Größe der Fahrzeughalle antwortete **Herr Riesenberg**, dass ein inneres Maß von 11 m X 10 m vorgesehen sei. Mit der Feuerwehrunfallkasse müsse erörtert werden, ob dies ausreicht. Sollte es allerdings notwendig werden, das innere Maß auf 12,50 m zu verlängern, so könne man den erforderlichen Platz hierfür durch eine „Drehung“ der Halle schaffen. Die Baukosten der Gesamtmaßnahme seien auf insgesamt 429.000 € veranschlagt.

Herr Trappmann betonte nochmals, dass die Verwaltung sich im weiteren Verfahren intensiv mit der Stellungnahme der Feuerwehr sowie der Feuerwehrunfallkasse auseinandersetzen werde. Grundsätzlich sehe die Verwaltung diesen Entwurf als eine greifbare Lösung an. Er gab zu bedenken, dass es sich bei 2/3 des späteren Gebäudes um einen Neubau handeln werde.

Herr Hunze widersprach dieser Auffassung und sah einen vollständigen Neubau als gangbare Lösung. Seiner Meinung nach müsse es möglich sein, die erforderliche Bauleitplanung in weniger als einem Jahr zu beenden, zumal das Konjunkturpaket noch bis 2010 abrufbar sei. Weiterhin stelle sich für ihn die Frage, wie der mit dem vorgesehenen neuen Anbau in Anspruch genommene Dorfmittelpunkt ersetzt werden könne.

Herr Bürgermeister Baxmann entgegnete, dass der von Herrn Hunze

aufgestellte Zeitplan nicht realistisch sei. Zu Beginn des Jahres 2009 habe niemand vermuten können, einen Anbau in dieser Form überhaupt „angreifen“ zu können. Um den Maßgaben des Konjunkturprogramms Genüge zu tun, müsse eine entsprechende Entscheidung bis zum 19.05. getroffen werden. Alle anderen Versprechungen, wie z.B. auch die Maßnahme zu einem späteren Zeitpunkt mit städtischen Mitteln durchführen zu können, seien unrealistisch. Außerhalb des Konjunkturprogramms gäbe es genügend andere Maßnahmen, die in Konkurrenz zu diesem Vorhaben stünden.

Frau Weilert-Penk sprach von einem gewissen Wohlwollen ihrer Fraktion gegenüber dem vorgestellten Entwurf und bat um Auskunft, wann mit einem Baubeginn gerechnet werden könnte.

Herr Riesenberg und **Herr Trappmann** sahen einen Baubeginn noch vor Ablauf diesen Jahres.

Herr Brönnemann kritisierte, dass der Entwurf keinen Jugendraum vorsehe und der für eine Feuerwehr besonders wichtige Vorplatz noch weiter reduziert werde. Darüber hinaus sei die Anzahl der erforderlichen Einstellplätze nicht realisierbar, so dass weiterhin die B188 als Parkraum genutzt werden müsse. Auch sei die Ausfahrt bei der nunmehr vorgesehenen Stellung der Fahrzeughalle nur schlecht einsehbar. Außerdem sei der derzeitige Versammlungsraum nicht ausreichend dimensioniert.

Herr Trappmann erwiderte hierauf, dass man sich bei der Planung an den Mustergrundrissen der Feuerwehrunfallkasse für eine Grundwehr orientiert habe. Zwar sei kein entsprechender Jugendraum vorgesehen, dieser könne jedoch durch die Mehrfachnutzung verschiedener anderer Flächen (wie z.B. des Besprechungsraumes) geschaffen werden. Leider müsse man auch feststellen, dass diese Forderung eine geringere Relevanz als andere, zum Beispiel sicherheitstechnische Aspekte habe. Im Zusammenhang mit der Stellplatzfrage und der Ausfahrtsituation wies **Herr Trappmann** auf die zukünftig veränderte Funktion der Dorfstraße hin. Im Zuge des Straßenrückbaus ließen sich diese Fragen voraussichtlich regeln. Die Größe des Versammlungsraums könne nicht an Ereignisse angepasst werden, die nur zweimal im Jahr stattfinden. Hier haben die sicherheitsrelevanten Fragestellungen Vorrang.

Herr Staringer, dem als Ortsvorsteher von **Herrn Dr. Zielonka** das Wort erteilt worden war, sprach sich gegen eine Dezimierung des vor der Feuerwehr gelegenen Platzes aus, da dieser als Ortsmittelpunkt gesehen und des öfteren für entsprechende Veranstaltungen genutzt werde.

Ostbrandmeister Lübbe betonte, dass die Feuerwehr grundsätzlich erst einmal froh sei, dass Bewegung in die Angelegenheit gekommen sei. Er kritisierte jedoch, dass die Umkleideräume mit Raum für 28 statt für die vorhandenen 42 Personen zu knapp bemessen seien. Dass nur wenige der wirklich benötigten Parkplätze geschaffen werden könnten, sei bereits erläutert worden. Auch bedinge die vorgesehene Stellung der Fahrzeughalle, dass das Fahrzeug beim Verlassen des Grundstückes zunächst voll in den Gegenverkehr gelenkt werden müsse.

Angesichts der Ausführungen von Herrn Staringer verdeutlichte **Herr Trappmann**, dass der „Dorfplatz“ voraussichtlich auch im Falle eines Neubaus verkauft werden müsse, um den Neubau teilweise zu finanzieren und im Zweifelsfall so nicht mehr erhalten werden könne. Die Zufahrt zur B 188, so **Herr Trappmann** an Herrn Lübbe gewandt, könne man notfalls durch

eine Ampelanlage regeln. In dieser Angelegenheit müsse man den zukünftigen Straßenbaulastträger einbeziehen.

Den Vorschlag von Herrn Schrader, auf der rückwärtigen Seite der Fahrzeughalle auszufahren, lehnte **Herr Trappmann** ab, da der Kurvenradius auf der rückwärtigen Seite nur für eine „langsame Fahrt“ berechnet sei.

Herr Schulz dankte der Verwaltung für die deutlichen Worte im Hinblick auf die finanzielle Umsetzbarkeit. Der hier vorgestellte Entwurf sei eine vernünftige, über das Konjunkturpaket umsetzbare Lösung. Wenn die Feuerwehr Heeßel damit in gar keinem Fall leben könne, müsse sie in Kauf nehmen, über einen gegebenenfalls nicht überschaubaren Zeitraum zu warten.

Angesichts der erneuten Kritik, dass die Verwaltung einen Neubau kategorisch ablehne und diesen nicht geprüft habe, erläuterte **Herr Bürgermeister Baxmann** an Herrn Hunze und Herrn Brönnemann gewandt, dass man Glück gehabt habe, dass das Büro Riesenberg & Tiarks schon mit der Planung befasst gewesen sei, so dass bereits hier kostbare Zeit eingespart worden sei. Wolle man einen Neubau in Angriff nehmen, könne dies nicht über das Konjunkturprogramm geschehen. In den kommenden Haushaltsberatungen stünde das Projekt jedoch wieder in Konkurrenz zu anderen Projekten. Allein das Konjunkturprogramm, dessen Mittel bis Ende des Jahres zu 50 % ausgegeben sein müssten, biete die Möglichkeit, dieses Vorhaben zügig umzusetzen. Maßgeblich sei hier nicht der Wille der Verwaltung, sondern der durch die Bundesregierung gesetzte zeitliche Faktor.

Herr Philipps ergänzte, dass die Stadt Burgdorf in der Regel erst konkrete Planungen entwickle, wenn auch die Umsetzung absehbar sei. So verfüge man nicht über zahlreiche "Schubladenprojekte", auf die man nun zurückgreifen könne. Die Verwaltung werde dann gedrängt, ohne entsprechende Unterlagen, Kostenschätzungen abzugeben und erhalte Schelte, wenn diese Zahlen nicht zuträfen. Daher sei es sinnvoll, zunächst entsprechende Planungskosten im Haushalt einzustellen und dann erst konkrete Aussagen zu voraussichtlichen Kosten zu machen. Einen Neubau zu planen mache nur Sinn, wenn auch Hoffnung bestünde, diesen zu realisieren. Dies sei hier nicht der Fall. Hinzu komme, dass man mit den veranschlagten Kosten für den Erweiterungsbau schon jetzt über dem zur Verfügung stehenden Mittelumfang liege.

7. **Bericht über ein Bebauungskonzept für die Fläche "Nördlich Duderstädter Weg (südlich des Jawoll-Marktes)** **- Vorstellung der Planung durch den Architekten Niewerth-Meinig -**

Frau Behncke gab eine Einführung in die Thematik und erinnerte an die vorherige, auf Anregung eines Investors, für dieses Grundstück begonnene Bauleitplanung.

Herr Niewerth-Meinig erläuterte ausführlich die von ihm erarbeitete Konzeption, eine „leichte gewerbliche Nutzung“ mit einer Wohnnutzung kombinieren zu wollen. (Entsprechende Pläne des Projektes „Wohnen + Arbeiten“ befinden sich in der Anlage 2 zur Niederschrift).

Nach Diskussion des Projektes verwies **Frau Behncke** erneut auf die schon im Zuge der Einleitung des Bauleitplanverfahrens als erforderlich erkannten Schritte zur weiteren Vorgehensweise:

- Detailgenaue Abstimmung der Konzeption

- Nachuntersuchung des Grundwassers
- Sanierungsplan und –vertrag
- Städtebaulicher Vertrag
- Entwässerungsplanung
- B-Plan im 'klassischen' Verfahren, d.h. ca. 1-2 Jahre Dauer.

Herr Niewerth-Meinig erläuterte außerdem, dass es gelungen sei, den Eigentümer der Fläche dahingehend zu bewegen, den Grundstückskaufpreis um die Sanierungskosten zu minimieren. Vorgesehen sei von seiner Seite hinsichtlich der Bauleitplanung erst dann an die Stadtverwaltung heranzutreten, wenn sich für 60 % des Vorhabens vertraglich gebundene Interessenten gefunden hätten. Allerdings müsse dann ein zeitnahes Bauleitplanverfahren in Gang gesetzt werden, da es voraussichtlich nicht möglich sein werde, die Käufer auf unbegrenzte Zeit vertraglich zu binden.

Die Bauausschussmitglieder nahmen die vorgestellte Planung wohlwollend zur Kenntnis.

8. **Konjunkturpaket II - Förderbereiche und mögliche Maßnahmen** Vorlage: 2009 0508

Herr Lahmann erläuterte die Vorlage und bezog sich auf die dazugehörige, vor Beginn der Sitzung verteilte Liste vom 20.04.2009. Er wies darauf hin, dass einige der genannten Maßnahmen aufgrund der zeitlichen Vorgaben des Konjunkturpaketes nicht in den Schulferien durchgeführt werden könnten. Generell müssten 50 % der pro Block veranschlagten Mittel bis zum Jahresende ausgegeben werden.

Im Rahmen der nachfolgenden Diskussion erinnerte **Frau Leykum** an die maroden Fenster im Haus der Jugend, die im Falle eines Verzichtes der Feuerwehr Heeßel auf den Erweiterungsbau saniert werden könnten.

Herr Fleischmann erkundigte sich, warum keine Maßnahmen für den Ausbau und die Sanierung des Radwegenetzes in Burgdorf vorgesehen seien. Bürgermeister Baxmann erklärte diesbezüglich, dass die Verwaltung aufgrund der vorliegenden Informationen davon ausgegangen sei, dass der Radwegebau nicht im Rahmen des Konjunkturpaketes gefördert würde.

Herr Trappmann ergänzte hierzu, dass die Informationen, die er am heutigen Tag erhalten habe, besagten, dass straßenbegleitende Radwege nicht förderfähig seien. Letzteres seien sie nur dann, wenn es sich um „freie Radwege“ handeln würde. Wolle man jedoch eine solche Maßnahme anmelden, könne dies nur unter dem Schwerpunkt „Sonstige Infrastruktur“ erfolgen, was dann allerdings zur Folge habe, dass diese Maßnahme mit dem Um- und Erweiterungsbau des Feuerwehrhauses Heeßel konkurriere. Für beide Maßnahmen seien nicht genügend Mittel vorhanden.

Zudem, so **Herr Philipps**, müsse man sehr vorsichtig sein, wenn die entsprechenden Mittel nicht vom Programm gedeckt würden, da dann mit Rückforderungen gegenüber der Stadt Burgdorf gerechnet werden müsse.

9. **Ausbau des Radwegenetzes im Rahmen des Konjunkturpaketes II**

**- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom
06.04.2009
Vorlage: 2009 0519**

Herr Fleischmann erläuterte seinen Antrag. Er selbst habe entsprechend recherchiert und mit dem zuständigen Sachbearbeiter des Innenministeriums gesprochen. Dieser habe ihm zu verstehen gegeben, dass die Bewilligung der Gelder von der entsprechenden Formulierung des Antrages abhängen. So dürfe das Wort „Straße“ nicht im Antrag erscheinen.

Frau Leykum schloss sich Herrn Fleischmann insoweit an, als auch sie gewisse Probleme hinsichtlich der Radwegführung sehe. Grundsätzlich sei es den Radfahrern jedoch auch zuzumuten, sich an gewisse Gegebenheiten und die im Straßenverkehr erforderliche Sorgfaltspflicht zu halten. Hinsichtlich des Antrages sehe sie keine Möglichkeiten, entsprechende bauliche Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm zu finanzieren, zudem gebe es derzeit noch keine entsprechende Planung, die als Grundlage für die erforderliche Mittelangabe herangezogen werden könne.

Herr Trappmann räumte ein, dass die Informationen der Verwaltung nicht eindeutig besagten, dass eine solche Maßnahme nicht im Rahmen des Konjunkturprogramms umgesetzt werden könne. Er könne jedoch nur dringend davon abraten, sich die Mittel mit unklaren oder falschen Angaben zu "ertricksen", da die Abrechnung erst am Schluss erfolge und man, wie bereits durch Herrn Philipps dargelegt, vor eventuellen Rückforderungen nicht gefeit sei.

Zudem gebe er zu bedenken, dass für die Erweiterung und den Umbau der Feuerwehr keine anderen Förderprogramme zur Verfügung stünden, es für den Ausbau des Radwegenetzes jedoch auch weitere Fördertöpfe gebe.

Beschluss:

Die Mitglieder des Bauausschusses stimmten bei einer Enthaltung und 8 Nein-Stimmen gegen den Antrag des Linksbündnisses vom 06.04.2009.

**10. 5. Änderung des Bebauungsplans "Uetzer Straße / Duderstädter Weg",
Nr. 0-11/5 -Einleitung-
Bezugsvorlage 2007 0215/1 (Kommunales Einzelhandelskonzept -
Beschluss-)
Vorlage: 2009 0513**

Frau Behncke erläuterte die wesentlichen Inhalte der Vorlage. **Herr Trappmann** ergänzte, dass die Änderung zudem den Vorteil habe, dass man durch den Aufstellungsbeschluss ein ungewolltes Vorhaben gleich zurückstellen kann und nicht erst unter Zeitdruck einen Aufstellungsbeschluss herbeiführen muss.

Herr Hunze bat um Auskunft, ob die Eigentümer der bereits vorhandenen Gewerbebetriebe aufgrund der vorgesehenen Änderung zu einem späteren Zeitpunkt Widerspruch erheben könnten, wenn sie in ihren Entwicklungsmöglichkeiten behindert würden.

Frau Behncke antwortete hierauf, dass dies nicht der Fall sei, da die Rechtskraft der dritten Änderung dieses Bebauungsplanes bereits länger als 7 Jahre her sei.

Beschluss:

Die Mitglieder des Bauausschusses stimmten einstimmig für den Beschlussvorschlag zu 1.) der Vorlage Nr. 2009 0513.

11. Anregungen an die Verwaltung

Herr Fleischmann bat die Verwaltung um einen Bericht zu dem Schreiben des Pächters des Bahnhofskioskes. Er bat insbesondere um Auskunft, warum der Pachtvertrag nach einem derart langen Zeitraum von 30 Jahren gekündigt worden sei und forderte, den Vertrag nunmehr ohne weiteres Verfahren zu verlängern.

Herr Schulz erklärte, dass die WGS, die ebenfalls einen solchen Brief erhalten habe, die Stadt bereits um eine entsprechende Stellungnahme gebeten habe.

Diese, so **Herr Philipps**, werde bereits durch die Verwaltung vorbereitet.

Einwohnerfragestunde

Herr Lübbe machte deutlich, dass er den vorliegenden Entwurf für den An- und Umbau des Feuerwehrhauses Heeßel nur aus sicherheitstechnischen Aspekten hinterfragt habe, da er als verantwortlicher Ortsbrandmeister für die Sicherheit der diensttuenden Feuerwehrleute verantwortlich sei.

Frau Weichert sprach sich, als eine Bewohnerin des Duderstädter Weges, dafür aus, kleine geschichtliche Punkte zur Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt zu erhalten.

So sei es für sie nicht unbedingt nachvollziehbar, warum die unter TOP 7 zur Diskussion stehende Grünfläche entfremdet werden müsse, indem dort Häuser im holländischen Stil errichtet würden. Sie persönlich könne sich gerade an dieser innerörtlichen Lage einen Altenwohnpark mit Busanbindung, Kiosk und Friseur vorstellen.

Herr Weichert stellte fest, dass eine Lärmschutzwand denkbar ungünstig sei, da diese sofort mit Graffitis besprüht würde.

An Frau Weichert gewandt, erklärte **Frau Behncke**, dass das Grundstück nicht im Eigentum der Stadt stehe und diese auf die Planung daher nur Einfluss im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten habe. Der vorgestellte Entwurf beruhe daher allein auf der Idee des Investors.

Herr Schwarz, Bewohner des Grundstückes „Duderstädter Weg 10“ sprach sich dafür aus, bei einer Bebauung des Grundstückes auf Mauern und unnatürliche Materialien zu verzichten, um den naturnahen Eindruck der derzeitigen Brachfläche möglichst zu erhalten.

Hinsichtlich der An- und Umbaupläne des Feuerwehrhauses in Heeßel bat Herr Gawronski vor weiteren konträren Diskussionen, zunächst den Bericht der Feuerwehrunfallkasse und der Verwaltung abzuwarten.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer